

Das Verbot der „Volkszeitung“.

§ Berlin, 19. März.

Der größere Theil der Cartellpresse ist durch das Verbot der „Volkszeitung“ in eine sehr behagliche Stimmung versetzt worden. Die „Hamburger Nachrichten“, die sich nationalliberal nennen, legen ausdrücklich ihre Genugthuung an den Tag; die „Kölnische Zeitung“ redet einer ausdehnenden Auslegung des ohnehin schon elastischen Socialistengesetzes das Wort und das „Deutsche Tageblatt“ verheißt nicht, daß es nicht unangenehm berührt sein würde, wenn andere freisinnige Zeitungen von demselben Schicksal betroffen werden würden. Dem gegenüber muß man es der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zum Verdienst anrechnen, daß sie wenigstens die Rechtsfrage, welche vorliegt, scharf formuliert. Sie giebt zu, daß die Ausnahmemaßregel nur gegen socialdemokratische Blätter verhängt werden darf und daß sie im vorliegenden Falle ungerechtfertigt sein würde, wenn die „Volkszeitung“ nicht ein socialdemokratisches Blatt ist. Freilich behauptet sie, daß bei der Fall, indessen ohne es durch eigene Aeußerungen der „Volkszeitung“ zu belegen.

Wie das Wort socialdemokratisch zu definieren sei, darüber wird man schwer zu einer allgemeinen Verständigung gelangen. Nach meinem Dafürhalten ist das Wesentliche doch, daß das Privateapital seiner bisherigen Function enthoben wird, daß die Capitalisten expropriert werden, und daß die Productionsmittel in die Hände der Gesammtheit übergehen, welche die Erträge anders als bisher geschehen, vertheilen soll. Wo dieses Ziel fehlt, kann man von socialdemokratischer Tendenz nicht reden. Ich kann mir denken, daß ein Blatt ruchlos, hochverrätherisch ist; in diesem Falle wird es von dem Strafgesetzbuch mit einer Strafe getroffen werden, die über kurz oder lang doch sein Eingehen zur Folge hat; aber auf Grund des Socialistengesetzes darf es niemals verboten werden. Ich habe Artikel von dieser Tendenz in der „Volkszeitung“ niemals angetroffen, und von Leuten, die das Blatt regelmäßig lesen als ich, wird mir versichert, daß sei in der That niemals der Fall gewesen.

Ich habe die Ueberzeugung, daß der Berliner Polizeipräsident nicht aus eigener Initiative vorgegangen ist. Es liegt ja auf der Hand, daß aus der Berliner Polizeizustände das Auge der Regierung mit besonderer Aufmerksamkeit ruht, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde es dem Polizeipräsidenten besonders schwer verdacht werden, wenn er von dem Socialistengesetz einen Gebrauch macht, der besonderes Aufsehen erregt, ohne sich vorher dessen versichert zu haben, daß sein Verhalten gebilligt werden wird. Die Beschwerde-Commission hat nicht die Unabhängigkeit eines Gerichtshofes; ihre Aufgabe besteht darin, kleinere Verstöße der mit der Handhabung des Gesetzes betrauten Beamten, für welche die Regierung selbst nicht eintreten mag, wieder gut zu machen, aber daß sie sich mit wohlüberlegten Intentionen der Regierung in Widerspruch setzen wird, ist kaum anzunehmen. Die Einlegung der Beschwerde ist wünschenswerth, damit wenigstens Gründe bekannt werden, mit denen die Maßregel gerechtfertigt werden könnte. Im Uebrigen verspreche ich mir davon Nichts.

Die Actiengesellschaft, welcher die „Volkszeitung“ gehört, hat den Versuch gemacht, sich ihren Kundenkreis für ein Blatt ohne jede politische Farbe zu erhalten. Auch das ist ihr unmöglich gemacht worden. Ein reines Inseratenblatt, das aller politischen Nachrichten und alles Unterhaltungsskoffes entbehrt, ist bisher nicht beanstandet worden. Die einzige Wirkung jenes zweiten Verbots kann die sein, die herausgebende Gesellschaft in ihrem Vermögen sehr schwer zu beeinträchtigen. Eine politisch schädliche Wirkung kann selbstverständlich von einem Blatte nicht ausgehen, das sich auf den Standpunkt der sogenannten

unparteiischen Zeitungen stellt. Und diese schwere Schädigung wird selbst dann vollzogen sein, wenn der Zeitung nach einigen Monaten ermöglicht wird, wieder zu erscheinen.

Politische Uebersicht.

Breslau, 20. März.

Ueber die parlamentarische Situation schreiben die officiellen „Berl. Pol. Nachr.“:

Wenn in parlamentarischen Kreisen von dem nahe bevorstehenden Abschluß der Landtagsession gesprochen, und dabei schon ein bestimmter Termin in Aussicht genommen ist, so sind dabei die thatsächlichen Verhältnisse nicht voll berücksichtigt. Es liegen, von dem Herrenhause zunächst ganz abgesehen, nach der hoffentlich in dieser Woche zum Abschluß gelangenden Staatsberatung noch eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen dem Abgeordnetenhaus vor. Der Gesetzentwurf wegen Verjüngung der Hinterbliebenen der Volksschullehrer, die Novelle zum Stempelsteuergesetz, die Einführung der Landesverwaltungsorgane in der Provinz Posen, das sogenannte Polizeistrafgesetzbuch, die Erweiterung des Polizeibereichs Berlin bieten noch ein reiches und sicher nicht rasch abgeschlossenes Feld gesetzgeberischer Thätigkeit. Dazu kommen eine Reihe von Initiativanträgen (Gesetzentwurf von Huene, allgemeine Einführung des Rentenguts, Wilschaden u. dgl. mehr), deren Erledigung sicher nicht ohne erhebliche Auseinandersetzungen stattfinden kann. Allein der Rahmen der gesetzgeberischen Aufgaben des Landtages ist auch noch keineswegs mit den bisher eingebrachten Gesetzentwürfen ausgefüllt. So wird auch, abgesehen von der in der Thronrede angekündigten wichtigen Vorlage über die Einkommenbesteuerung, u. A. nach der Erklärung des Herrn Cultusministers in naher Zeit der Eingang des Entwurfs desjenigen Staatsgesetzes zu erwarten sein, welches die rechtliche Voraussetzung der geistlichen in der evangelischen Landeskirche bildet. Es unterliegt daher gar keinem Zweifel, daß der Abschluß der Landtagsession keineswegs in naher Aussicht steht, und jedenfalls auch noch nicht annähernd der Zeitpunkt des Schlusses sich erkennen läßt.

Daß der Wahlsieg in Celle den Deutschhannoveranern zugefallen ist, wurde bereits gemeldet. Nach der „Frei. Ztg.“ hat v. d. Decken 12695, der nationalliberale Otte 10952 Stimmen erhalten. Danach hat v. d. Decken 224 Stimmen gegen den ersten Wahlgang gewonnen, Otte 1398. Bei der Wahl wurden im ersten Wahlgang 22051 Stimmen abgegeben, bei der Stichwahl 23647 Stimmen. Das sind über 79 pCt. der Wahlberechtigten. Die diesmalige Wahlbetheiligung ist nahezu ebenso stark, wie diejenige am 21. Februar 1887, wo 23978 stimmten, also nur 331 Stimmen mehr abgegeben wurden. Damals siegte der Cartellcandidat mit 13848 Stimmen, diesmal unterlag er mit einer Stimmenzahl von 10952. Es ergibt sich daraus ein Verlust für ihn von 2896 Stimmen.

So wie die „Nordd. Allg. Ztg.“, bemühen sich auch die „Berl. Pol. Nachr.“ nachzuweisen, daß die „Volkszeitung“ ein socialdemokratisches Blatt gewesen sei. Das officiële Blatt schreibt:

Ob die „Volkszeitung“ sich Organ der Socialdemokratie nennt oder nicht, darauf kommt es schließlich doch nicht an; in Wirklichkeit geberdet sie sich als solches seit langem und je größer die Reserve ist, welche sich das „Singer'sche“ „Berliner Volksblatt“ auferlegt, desto rücksichtsloser trat die „Volkszeitung“ auf. Mit genug wurde sie ja von Hafencleaver, Bebel und Liebknecht zu öffentlichen Erklärungen u. dgl. benutzt, und Niemand wird es bestreiten wollen, daß das Blatt diesen Herren noch näher stand als den Herren Richter, Vamberger und Richter. Man ist in vielen Kreisen bis zum heutigen Tage noch gewohnt, in der „Volkszeitung“ ein Organ der Handwerker, namentlich aber der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaft, zu erblicken. Das ist aber gänzlich unzutreffend: die Handwerker haben sich längst von dem Blatt abgewandt, und die Gewerkschaften haben nicht mehr die fette Beute wie in den siebenziger Jahren. In dem Betreuen, welches seit Jahren zwischen einzelnen Vorparlamenten um die Gunst der hunderttausend Berliner socialdemokratischen Wähler stattfand, ist die „Volkszeitung“ auf der schiefen Ebene vollends abgeglitten und ist aus einer Bekämpferin der Social-

demokratie eine Fürsprecherin all der Forderungen geworden, welche das Programm der Socialdemokratie bilden.

Besonders interessant ist der Schluß des Artikels der „Berl. Pol. Nachr.“, welcher lautet:

Sollte die Beschwerde-Commission gleichfalls den Schwerpunkt nach der formalen Seite hin verlegen, so wird hieraus nur verstärkter Anlaß gewonnen werden müssen, das Preßgesetz so abzuändern, daß Thron und Altar nicht mehr straflos so schamlosen Angriffen ausgesetzt sind, wie bisher.

Die conservativen Blätter halten sich reservirt, das „Deutsche Tageblatt“ räumt sogar ein, daß die „Volks-Ztg.“ kein ausgesprochenes Socialistenblatt gewesen sei. Dagegen findet ein Theil der nationalliberalen Presse das Verbot der „Volks-Ztg.“ völlig gerechtfertigt. Die „Köln. Ztg.“ bezeichnet die „Volks-Ztg.“ als ein Zwitterwesen, welches zwei feindliche Weltanschauungen, die liberale und die socialdemokratische, in einer merkwürdig harmlosen und glücklichen Weise in sich zu vereinigen weiß und welches deshalb mit Recht durch das Socialistengesetz getroffen worden sei! Das Kennzeichen der socialdemokratischen Tendenz findet die „Köln. Ztg.“ darin, daß die „Volks-Ztg.“ dem „Schimpfbedürfnis der socialdemokratisch verheßten Arbeitermassen“ entsprochen habe.

Die Reichscommission, welche über den Recurs gegen das Verbot der „Volks-Ztg.“ entscheidet, besteht aus dem Vorsitzenden, Minister des Innern Herrfurth, dem Stellvertreter desselben, dem sächsischen Gesandten Graf v. Hohenthal u. Bergen und den folgenden acht Mitgliedern: Unterstaatssecretär im Finanzministerium Meinecke, dem württembergischen Gesandten Graf v. Zeppelin, dem mecklenburgischen Gesandten v. Prollius, dem Oberlandesgerichtspräsidenten zu Königsberg v. Holleben, den Senatspräsidenten bei dem Kammergericht in Berlin, Deltus und Hessel, dem Rath bei dem kgl. bayerischen obersten Landesgericht in München, Dr. Schneider, und dem Senatspräsidenten bei dem Oberlandesgericht in Hamburg, Dr. Lehmann. — Mit Rücksicht darauf, daß die Angelegenheit zur Zeit noch in der Schwebe ist, wird, wie die „Lib. Corr.“ mittheilt, von der Einbringung einer Interpellation im Abgeordnetenhaus abgesehen werden, was natürlich nicht ausschließt, daß das Vorgehen der Polizeibehörden bei geeignetem Anlaß zur Sprache gebracht wird.

Deutschland.

Berlin, 19. März. [Tages-Chronik.] In dem gestrigen Kronrath soll der Entwurf betreffend das neue Socialistengesetz behufs Vorlegung an den Bundesrath festgestellt worden sein.

Ueber den bereits gemeldeten Kampf im Kamerungebiete gehen dem „B. Tzbl.“ folgende nähere Mittheilungen aus London zu: „Die Offiziere des in Liverpool von der Westküste Afrikas eingelauenen Dampfers „Caboon“ berichten: Die Eingeborenen entlang der Küste des Kamerungebiete legten dem Handel mit dem Inland große Schwierigkeiten in den Weg und hielten gewaltsam die Eingeborenen des Hinterlandes ab, mit ihren Producten nach Bibundi (im nördlichen Kamerungebiete) und anderen Stationen zu kommen. Die Vorstellungen des deutschen Residenten, Dr. Raabe, halfen nichts. Die Küstenbevölkerung begann im Gegentheil, die Dörfer im Innern, von wo Produkte nach den Stationen gebracht wurden, niederzubrennen. Als Raabe die Nutzlosigkeit aller Ermahnungen einsah, berichtete er nach Kamerun und kam mit dem Kanonenboot „Hyäne“ von dort zurück, als gerade der Dampfer „Caboon“ im Hafen von Bibundi vor Anker lag. Die Eingeborenen waren am Ufer zusammengekömmt und verhielten sich drohend, als Raabe landete. Er verlangte Bürgschaft dafür, daß sie sich fortan ruhig verhalten würden, was aber verweigert wurde. Die Eingeborenen nahmen eine so bedrohliche Hal-

Nachdruck verboten.

Ein russischer Jakobiner.

Nach dem Russischen des Jagulajew.

[35]

Lucinde zuckte sonderbar zusammen und blickte mich mit Augen an, in denen sich Unsicherheit malte.

„Die Bürgerin Cäcilie,“ sagte sie. „Was soll dieser Ausdruck in einer Unterhaltung mit mir sagen, Herr Starodubski? Nach dem, was Sie für uns gethan, hätte ich ihn nicht erwartet.“

„Weshalb? Glauben Sie vielleicht, daß ich, weil ich meine frühere Braut vor einer Gefahr rettete, meinen Ihnen wohlbekannten Grundsätzen entsagt hätte?“ fragte ich mit melancholischem Lächeln.

„Ich gestehe, daß ich an die Aufrichtigkeit Ihrer Ueberzeugungen nicht sehr geglaubt habe,“ antwortete sie. „Mir und Cäcilien schien es, als ob Sie sich nur durch das Beispiel Ihres Lehrers und seiner Freunde hätten fortzweigen lassen. Ihr Besuch bei meiner Mutter hatte mich darin noch bekräftigt.“

„In diesem Falle haben Sie sich sehr getäuscht. Ich bin meinen Ansichten treu geblieben, aber diese Ansichten haben mich nicht zu einem hiesigen Terroristen gemacht. Abgesehen davon, daß ich meine directe Pflicht war, Cäcilie von der ihr drohenden Gefahr zu retten, wünschte ich in diesem Falle, auch den Girondisten einen Dienst zu erweisen, die sie durchaus nicht für so gefährliche Feinde der Republik ansehen, als ich im Club der Jakobiner verfahren werden.“

Das Gesicht Lucindens nahm plötzlich einen kalten und verdrießlichen Ausdruck an. Sie stand auf und sagte mit verändertem Tone: „In diesem Falle bleibt mir nichts übrig, als Sie um Entschuldigung wegen meines Irrthums zu bitten und Ihnen noch einmal für den Dienst, den Sie uns erwiesen, zu danken.“

Ich verneigte mich schweigend und ging von dem Piedestal der Statue Amors weg.

14. Capitel.

Es blieb kein Zweifel daran, daß Cäcilie Renaud mir für immer verloren war. Die Ursache der plötzlichen Umwälzung, die so schnell und unerwartet in den Gefühlen meiner früheren Braut vor sich gegangen war, kannte ich nicht, fing aber an, in dunkler Weise zu muthmaßen, daß unsere ganze Remours'sche Idylle ihrerseits nicht mehr als das einfache Ergebnis einer krankhaften Einbildung gewesen war; indem ich mir einbildete, daß das junge Mädchen sogleich nach ihrer Rückkehr von der jählichen Scene der Hinrichtung der Charlotte Corday krank geworden, fing ich an, mich zu fragen, ob nicht diese Scene auf ihren Verstand einen doppelten Eindruck ge-

macht hätte, welcher in der Zeit glühender Kämpfe zur Nachahmung des Beispiels eines gefallenen Opfers verlocken, und sie doch in unwillkürlichem Schrecken in den Gedanken verwickeln konnte, daß auch ihr ein solch juchendes Schicksal bevorstehen könnte. Unter dem Eindrucke eines solchen Schreckens konnte Cäcilie sich mit meiner Liebe zu ihr nur als mit einem Mittel beschäftigen, welches ihren Gedanken den Weg zur Nachahmung Charlotte Corday's versperrte. Diese Vermuthung schien mir zuweilen wahrscheinlicher, aber in solchen Augenblicken stellte ich mir mit innerem Zittern die Frage, was denn die unglückliche Tochter des Papierhändlers schließlich thun würde. Und ich trug Schre, mir auf diese Frage eine Antwort zu geben.

Die beständigen Gedanken an Cäcilie Renaud wurden mir unerträglich, und um sie einigermaßen zu vertreiben, beschäftigte ich mich wieder eifriger mit den um mich her vor sich gehenden politischen Ereignissen, indem ich versuchte, dem, was mich umgab, so viel als möglich näher zu treten, und auch bei gegebener Gelegenheit einen unmittelbaren Antheil daran zu nehmen. Der Club der Jakobiner war eine ausgezeichnete Hilfe für die Verwirklichung dieses Planes. Seine unordentlichen und lärmenden Sitzungen fingen an, die entscheidende Rolle in den Geschicken der Republik zu spielen. Mit jedem Tage hörte man häufiger und häufiger die Phrasen: „Die Jakobiner haben beschlossen, die Jakobiner sind einstimmig!“ welche die früheren Phrasen ersetzen: „der Convent hat beschlossen, der Convent hat beschlossen!“ In den Abendstunden des Clubs wurde die Thätigkeit der Volksvertreter in einer Weise beurtheilt, daß man glauben konnte, die Jakobiner hätten in der That das Recht der Controle über diese Thätigkeit. Aus den Provinzen kamen wirkliche Appellationen gegen die gesetzgebende Versammlung der Republik und sogar directe Forderungen, diese oder jene Maßregel zu beschließen. Die Mitglieder des Convents, welche zugleich Mitglieder des Clubs der Jakobiner waren, protestirten nicht nur nicht gegen solche Extravaganzen, sondern beizogen sich selbst des Clubs, um auf die Entscheidungen des Convents Einfluß zu üben. Maximilian Robespierre machte keine Ausnahme. Von dem Tage an, wo zugleich mit dem Schrecken der sogenannte Hebertismus triumphirt hatte und der Convent unter dem Drucke des Straßenpöbels den öffentlichen Abfall einiger constitutioneller Bischöfe gut heißen hatte, welche erklärten, daß sie den Verirrungen des Christenthums entsagten, führte Robespierre in dem Club der Jakobiner einen hartnäckigen und erbitterten Kampf gegen Hebert und seine hauptsächlich gesinnungsgenossen, insbesondere gegen den Preußen Klotz, welcher den Namen Anarchist statt des

christlichen Baptiste angenommen hatte. In dieser Beziehung waren alle meine Sympathien auf Seiten des Tribunen.

Indem ich seine glühenden Reden in dem Club der Jakobiner hörte und den Eindruck beobachtete, welchen sie auf die Anhänger des Schreckens machten, fing ich an, den unermeßlichen Unterschied zu begreifen, welcher zwischen Robespierre und seinen zahlreichen politischen Rivalen existierte.

Die Gespräche Maximilians mit Prosper Landé, bei welchen ich jetzt versuchte, so oft ich konnte, gegenwärtig zu sein, machten mir diesen Unterschied noch klarer. In allen offeneren Unterhaltungen mit meinem Lehrer gestand Robespierre ein, daß er noch nicht wisse, wen er mehr hasse, ob die Feinde der Republik, welche die Monarchie wieder herzustellen wünschten, oder die Terroristen, welche die bestehende Ordnung der Dinge durch ihre Extravaganzen schädigten.

„Mit den Monarchisten fertig zu werden, dürfte nicht schwer sein“, sagte er, „wenn sie nur nicht Hilfe fänden bei verschiedenen Taugenichtsen und Verbrechern, den Hebert, Fouché, Carrier, Klotz u. s. w. Wir haben zum Wohle des Landes die Monarchie niedergeworfen, und wenn das Volk in seiner ungeheuren Mehrheit sich sympathisch zu der von uns vollzogenen Umwälzung verhalten hat, so ist das nicht deshalb geschehen, weil es die philosophische Abgeschmacktheit der von uns umgestürzten Ordnung der Dinge begriffen hat, sondern deshalb, weil es hoffte, daß es unter der Republik besser leben werde. Wenn sich diese Erwartung vollständig erfüllt, so können die Monarchisten nichts gegen uns unternehmen. Die Verständigen und Berechnenden sind schließlich auf unsere Seite übergetreten; von Anderen würden wir das Land befreien, indem wir ihnen die Mittel zur Auswanderung geben; und mit den hartnäckigen Fanatikern würden wir uns vermittelst der Guillotine auseinandersetzen. Unglückslicherweise zerstören die Heberts, Klotz und Carrier alles, was wir zum Wohle des Landes und Volkes thun. Diesen Taugenichtsen ist es zu danken, daß beinahe nicht eine einzige unserer Unternehmungen gelingt, wie sie gelingen sollte. Der Wohlstand vergrößert sich nicht; die Angeberei, welche in ein System gebracht ist, läßt Niemanden ruhig leben. Der officiële in der Republik wieder eingeführte Atheismus regt die Herzen der Mehrheit auf. Ich muß den Extravaganzen und den Rückschritten des Hebertismus ein Ende machen, welche im Geheimen die Führer der monarchistischen Verschwörung entzünden. Der Schrecken, wenn er überhaupt existirt, muß unser Werkzeug sein gegen Alle ohne Ausnahme, welche die Republik verhindern, sich zu befestigen und dem Volke lieb und werth zu werden.“ (Fortsetzung folgt.)

tung ein, daß Naabe eiligt an Bord der „Hyäne“ zurückkehrte. Die „Hyäne“ feuerte alldah zwei Geschosse ab, welche die Eingeborenen vertrieben, worauf — es war gegen Abend am 10. Februar — etwa 100 Marinesoldaten gelandet wurden. (Da die „Hyäne“ nur 83 Mann Besatzung hat, dürften nicht mehr als 50 Mann gelandet sein.) Die Eingeborenen setzten der Landung keinen Widerstand entgegen, griffen aber die deutschen Mannschaften später an, ohne jedoch Stand zu halten. Die Soldaten brannten die Dörfer entlang der Küste nieder. Diese standen noch in Flammen, als der Dampfer „Saboon“ am nächsten Morgen die Anker lichtete. Die Deutschen erlitten keine Verluste, und von den Eingeborenen scheinen nur drei beim Angriff auf die deutsche Landungsgruppe gefallen zu sein.“

Die Niederlage in Sella-Gishorn hat die Nationalliberalen derart außer Fassung gebracht, daß sie bereits nach Polizeihilfe rufen. Die „Adn. Ztg.“ erhält eine Zuschrift aus dem Wahlkreise, welche an den Oberpräsidenten Herrn v. Bennigsen appelliert. „Als oberster Regierungsbeamter dürfe er die fortwährende Schwächung des Reichs- und Staatsgebanens nicht weiter geschehen lassen. Das sei er seinem Landesherren, seiner Stellung und seinen nationalen Parteifreunden schuldig. — Zugleich werden die Staatsbeamten in der Provinz verdächtigt. Die Regierung sei gegen die häufige Förderung und Verbreitung weißer Anschauungen seitens der eigenen Beamten nur in ganz seltenen Fällen eingeschritten. Die höheren Beamten, so wird geklagt, liebgelitten mit dem weißlichen Adel. Deshalb sei es hohe Zeit, daß in Hannover „die Fägel schärfer angezogen werden und an die Stelle der Schwäche und Milde die gerechte Strenge trete.“

Berlin, 19. März. [XVII. Plenarversammlung des deutschen Landwirtschaftsraths.] Heute wurde die Debatte über das bürgerliche Gesetzbuch fortgesetzt. Der erste Redner war, wie die „Post“ berichtet, Geh. Ober-Kammerrath Rüder (Oldenburg). Dieser befürwortete, den Antrag der Referenten folgendermaßen zu fassen: „Der deutsche Landwirtschaftsrath beauftragt seinen Vorstand, unter der Annahme der Beibehaltung der sämtlichen im Entwurf vorgesehenen Verordnungsformen, den Gegenstand wiederholt auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung zu setzen und inzwischen eine Commission behufs weiterer Prüfung der in den betreffenden Bestimmungen des Entwurfs enthaltenen Einzelheiten zu bilden und derselben die Anträge I bis V zur gleichzeitigen Prüfung mit dem anderweitig ihr zugänglich zu machenden Material und zur Berichterstattung zu überweisen.“ Rittersgutsbesitzer Rechtsanwalt Dr. Opitz (Treuen bei Dresden) spricht sich für Commissionsberatung aus. Die Verfasser des Entwurfs haben die landwirtschaftlichen Verhältnisse fast gar nicht berücksichtigt. Der ländliche Credit ist ohnedies durch das bestehende Creditwesen derartig verschuldet, daß derselbe zu Grunde gehen muß, wenn nicht bald Abhilfe geschieht. Die Verfasser des Entwurfs haben aber das bisherige Creditwesen noch erweitert. Aufgabe der deutschen Landwirtschaft ist es, durch Einführung einer Grundrente, Errichtung von Genossenschaften u. s. w. sich aus dem Fesseln des Capitalismus zu befreien. Einzelnen verschuldeten Grundbesitzern ist vielleicht die Erweiterung des Creditwesens willkommen, allein der Grundbesitz im Allgemeinen wird eben dadurch nur in immer größere Verschuldung und damit in immer größere Abhängigkeit von dem Capital gerathen. Es ist dringend erforderlich, für eine Vereinfachung aller ländlichen Creditverhältnisse einzutreten, ganz besonders ist es aber notwendig, die Beibehaltung der alten Hypothekenform zu verlangen. Die alte Hypothekenform, wonach der Grundbesitzer für eine etwa bei einem Grundbesitz-Verkauf ausfallende Hypothek persönlich haftbar bleibt, trägt wesentlich zur Stetigkeit des Grundbesitzes bei. (Lebhaftes Bravo.) Justizrath Bachmeyer (Bairern). Die Bilder, die uns der Herr Vorredner vorgeführt hat, sind doch etwas zu grell gemalt. Der Entwurf hat nicht besonders den ländlichen Verhältnissen Rechnung getragen, aber er hat dies gethan, indem er die verschiedenen Verhältnisse in allen deutschen Landestheilen berücksichtigt; der Entwurf ist mithin nur eine Concession an den Particularismus. Wie das Gesetz im Uebrigen ausfallen möge, so bin ich überzeugt: die bisherigen Creditverhältnisse, die sich in den verschiedenen Landestheilen einmal eingebürgert haben, werden vorläufig keine Aenderung erfahren. Rittersgutsbesitzer Landrath A. D. von Röder (Schlesien) befürwortete die größere Berücksichtigung des Rentenprinzips bei der Verschuldungsform. Oeconomie-Rath Schumacher (Zachseln in Mecklenburg) befürwortete folgenden Antrag: „Der Landwirtschaftsrath wolle beschließen, falls ein Grundbesitzer oder eine Vereinigung von Grundbesitzern die Form der Rentenverschuldung wünscht, unter der Voraussetzung, daß weitere Verschuldungen nur auf dem privaten oder genossenschaftlichen Wege des Personalcredits Platz finden können, also zu der Rechtsfolge, daß bei der Rentenverschuldungsform weitere Capitalschulden auf das Grundstück nicht eingetragen werden können, muß solche Rentenverschuldung durch das bürgerliche Gesetzbuch schon jetzt vorgegeben und erlaubt sein.“ Landesdirector Freyher v. Hammerstein (Horten in Hannover): Er erachtet ebenfalls die Sachlage noch nicht für derartig geklärt, um schon heute einen endgültigen Beschluß fassen zu können. Es siehe fest, daß die Süddeutschen die Verhältnisse in Norddeutschland nicht kennen und umgekehrt. Es komme hinzu, daß die oberen Reichsbehörden die Gutachten der verschiedenen Interessentengruppen abwarten. Der Referent, Landrath Dr. Andrae (Berlin), plaidierte für sofortige Beschlußfassung wenigstens über Punkt I der Anträge der Referenten. Der zweite Referent, Freyher v. Cetto (Reichertshausen), hielt ebenfalls eine Commissionsberatung für opportun, er erachtete aber die mit römischen Ziffern bezeichneten Punkte der Referenten-Anträge zur Beschlußfassung in der diesjährigen Plenarversammlung für geeignet. Der bereits mitgetheilte Antrag des Geh. Ober-Kammerrath Rüder, der von dem Herrn v. Hammerstein unterstützt worden, gelangte hierauf fast ein-

stimmig zur Annahme. Auf Antrag des Herrn v. Hammerstein wurde ferner beschlossen: Der Commission alle bisher gestellten Anträge zu überweisen. Die Commission ist aus allen in den Angelegenheiten bereits thätig gewesenen Referenten und Sachverständigen, die das Recht der Cooptation haben, zu bilden.

Den folgenden Gegenstand bildeten: Die Bestimmungen über die Pacht landwirtschaftlicher Grundstücke in Verbindung mit dem Grundbesitz: „Kauf bricht Miete“. Der Referent, Generalsecretär Stöckel (Insterburg), befürwortete in Uebereinstimmung mit dem Correferenten, Oeconomie-Rath Schöffer (Hirschberg) folgenden Antrag: „Dem deutschen Landwirtschaftsrath wird empfohlen, sich dahin auszusprechen, daß im bürgerlichen Gesetzbuch des Deutschen Reiches an Stelle des im § 509 des Entwurfs enthaltenen Grundbegriffs, „Kauf bricht Miete“, „Pacht“ der Grundsatz angenommen werde, daß im Falle der rechtsgeschäftlichen Uebertragung des Eigentums eines verpachteten Grundstücks an einen Dritten dieser verpflichtet sei, den Pachtvertrag bis zum Ablauf der vertragsmäßigen Pachtzeit zu halten, oder mindestens die Eintragung der Pacht in das Grundbuch mit der Wirkung nachgelassen werde, daß der dritte Erwerber des verpachteten Grundstücks an den Pachtvertrag gebunden sei.“

[Militärisches.] Durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 14. Febr. dieses Jahres sind nachstehende Veränderungen in der Eintheilung und Dislocation der Truppen des 1. Armee-Corps bestimmt worden: „Das 8. Ostpreussische Infanterie-Regiment Nr. 45 tritt von der 2. zur 3. Infanterie-Brigade über. Es werden verlegt der Stab des Infanterie-Regiments von Boyen (5. Ostpreussisches) Nr. 41 von Königsberg in Preußen nach Tilsit und das 1. Bataillon desselben Regiments von Königsberg in Preußen nach Insterburg, der Stab, das 2. und 3. Bataillon des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpreussisches) Nr. 3 von Gumbinnen, das 1. Bataillon von Insterburg nach Königsberg in Preußen, der Stab, das 1. und 2. Bataillon des Füsilier-Regiments Graf Noen (Ostpreussisches) Nr. 33 von Königsberg in Preußen nach Gumbinnen. Diese Veränderungen gelangen zum 1. April 1889 zur Ausführung. Das Kriegsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen.“

[Der Etatsausschuß der Stadtverordnetenversammlung] zur Vorberathung des Stadthaltsplans für das Verwaltungsjahr 1889/90 setzte am Montag Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Strud und in Anwesenheit der Magistratscommissare Oberbürgermeisters v. Jordanbeck, des Kammersers Maas, des Stadtbauraths Blumstein und der Stadträte Voigt, Weise und Vorchard seine Beratungen fort. Für die Stellen der Magistratssecretäre und Bureauassistenten von 1800 bis 3000 M. (187 Stellen) sind je 100 M. jährliche Zulage bewilligt und 18700 M. mehr in den Etat gestellt. Ebenso wurden für 248 Steuererheber, Rathswaagenmeister und Grundstücksaußseher je 100 M. Zulage gewährt und für die 297 Stellen der Stadtfergeanten, Magistratsdiener und Arbeitshausaußseher eine Beihilfe zur Beschaffung der Uniformen von je 50 M. bewilligt und die hiernach erforderlichen Summen von 24800 Mark bezw. 10350 Mark zum Etat gebracht. Endlich sind zur Erhöhung der bei der städtischen Verwaltung beschäftigten Hilfsarbeiter und Diätarier 50000 Mark bewilligt. Im Etat für die Verwaltungskosten sind die Kosten für die Vollendung des Inventars der Bau- und Kunstdenkmäler der Stadt Berlin im Betrage von 16000 Mark nachträglich bewilligt. Beim Etat, betreffend Dienstleistungen, Witten- und außerordentlich bewilligte Pensionen, sind die Wittwenkassenbeiträge der Beamten und Lehrer zwar vorläufig noch bis zur definitiven Regulierung der Angelegenheit durch die hierfür eingeleitete gewöhnliche Deputation im Einnahmen verblieben, es ist aber hierbei an den Magistrat das Ersuchen gerichtet worden, bei Abänderung des Wittwenkassenregulativs auf eine Aenderung des Reichestenweins nach der Richtung hin Bedacht zu nehmen, daß auch den Waisen der städtischen Beamten und Lehrer statistische Bezüge zugesichert werden.

[Bei der Stadtverordneten-Erwahl] im 1. Gemeindevahlbezirk der III. Abtheilung sind von 3187 eingeschriebenen Wählern 1041 erschienen. Es haben Stimmen erhalten: Jordan (liberal) 728, Meyer (bürgerpartei) 308, gesplittet 4, gewählt also Jordan (liberal). Der frühere Vertreter des Wahlbezirks gehörte ebenfalls zur freisinnigen Partei.

[Wegen Bismarck-Beleidigung] hatte sich der Redacteur der „Charlottenburger Neuen Zeit“, Saffranzki, vor der Strafkammer des Landgerichts II in Berlin zu verantworten. Die beiden Artikel beschäftigten sich mit dem Immediatbericht des Kanzlers aus Anlaß der Veröffentlichung des Tagesbuches Kaiser Friedrichs. In dem ersten Artikel wurde behauptet, daß der vereingte Kaiser durch den Immediatbericht officios herabgesetzt, verächtlich und gedemüthigt worden sei, und daß eine profane Hand in das Sanctissimum der patriotischen Herzen gegriffen habe und daß die haarsträubende Thatsache festgenagelt werden solle, daß der Reichszanzler den Vater und Vorgänger des Kaisers für fähig gehalten habe, mit einer fremden Macht zu conspiriren, oder auf deutsch, Landesverrath zu begehen. In dem zweiten Artikel wurde die Beleidigung in dem Schlusspasse gefunden, welcher lautet: „Mit den besapienten französischen Sympathien des englischen Hofes ist es also nicht als Schwindel.“ — Der Staatsanwalt beantragte wegen dieser beiden Artikel gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten Gefängnis. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß dem Angeklagten bei Abfassung des ersten Artikels eine beleidigende Absicht innewohnend habe, er hielt zwei Fälle für vorliegend und erkannte dafür auf zwei Monate Gefängnis.

[Wegen Beleidigung des Berliner Magistrats] hatte sich am Dienstag der Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Dr. Otto Bagler, vor der II. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Zur Zeit, als die Antwort des Kaisers an die sogenannte Brunnen-Deputation so großes Aufsehen erregte und in der Presse lebhaft besprochen wurde, vertheilte der Berliner Correspondent der „Breslauer Zeitung“ die städtische Verwaltung, indem er ausführte, daß dieselbe für etwaige Sünden der freisinnigen Presse doch nicht verantwortlich sei, da sie gar keinen Einfluß auf die Presse habe. Diesen Artikel der „Bres-

lauer Zeitung“ bekämpfte die „Staatsb.-Ztg.“ in einem Artikel, in welchem sie jene Ausführungen als „Funktorei“ bezeichnete. „Man beobachte, wie überall in der städtischen Verwaltung Juben und Fortschrittler die erste Geige spielen, man sehe sich die fortgeschrittenen Bezirksvorsteher an und wie bei der Befehung städtischer Aemter die fortgeschrittliche Gefinnung der beste Empfehlungsbrief ist und man denke an die verschiedenen Vorkommnisse, wo bei städtischen Unternehmungen für Juben und Fortschrittler Geldstücke abgefallen ist.“ — Der Magistrat strengte wegen dieses Artikels eine Beleidigungssache auf Grund des § 185 des Str.-G.-B. gegen Dr. Bagler an. Der Staatsanwalt hielt schwere Beleidigungen des Magistrats für vorliegend und beantragte 150 Mark Geldbuße event. 15 Tage Gefängnis. Der Vertreter des Nebenklägers, Justizrath Dr. Horwiz, verwies darauf, daß die Gleichgültigkeit des Magistrats gegen abfällige Kritiken ihre Grenze da haben müsse, wo die persönliche Ehre der Mitglieder des Magistrats- und der Stadtverordneten-Versammlung in dieser Weise angegriffen werden. Der Artikel schledere mit nackten Worten den Vorwurf in die Welt hinaus, daß die städtischen Behörden sich nicht von den Rücksichten auf das Wohl der Stadt und der Gerechtigkeit, sondern von Parteifanatismus leiten lassen. — Der Gerichtshof fand eine Beleidigung des Magistrats in dem Punkte, wo dem letzteren der Vorwurf gemacht werde, daß bei der Befehung der Aemter als Bezirksvorsteher die fortgeschrittliche Gefinnung der beste Empfehlungsbrief sei. Die übrigen Vorwürfe des Artikels treffen nach Ansicht des Gerichtshofes den Magistrat nicht, und es wurde deshalb nur auf 60 Mark Geldbuße event. 6 Tage Gefängnis erkannt.

Oesterreich-Ungarn.

[Ueber das Eisenbahnunglück bei Cercan-Bischely berichtet ein Augenzeuge in der „N. Fr. Pr.“: „Der Zug war, als er von Prag abging, stark besetzt; die Mehrzahl der Passagiere wollte nach Benedschau fahren, wofür Markt abgehalten wird. Ich sah mit 23 Passagieren in einem Waggon dritter Klasse, welcher ungefähr in der Mitte des Zuges eingeklinket war. Nach 9 Uhr Abends, Niemand schlief noch und es wurde lebhaft im Coupé conversirt, verspürten wir plötzlich einen heftigen Ruck. Sofort dachte ich an einen Eisenbahnunfall. In demselben Momente bemerkte ich, daß sich das Dach des Coupés nach oben hin öffnete und wir den freien Himmel über uns hatten; gleichzeitig sprang die Coupéthür auf. Aus dem vor uns befindlichen Waggon sprang ein Passagier ins Freie; ohne viel zu überlegen, folgte ich seinem Beispiele und kam so glücklich auf den Boden. Von meinen unmittelbaren Nachbarn habe ich später keinen mehr gesehen, und ich besorge sehr, daß dieselben verunglückt sind, zumal der Waggon vollkommen zertrümmert wurde. Einer meiner Nachbarn war ein Pferdehändler, der den Markt in Benedschau besuchen wollte. Auch der Passagier, der aus dem Waggon zweiter Klasse herausgesprang, soll durch herabstürzende Theile eines Waggons verunglückt sein. Es herrschte eine schreckliche Verwirrung bei dieser schrecklichen Scene, uns allen drohten bei dem Unglück die Sinne zu schwinden. Wir gelangten erst wieder zur Fassung, als wir in Benedschau anlangten. Durch den Sprung aus dem Waggon erlitt ich freilich eine Verstauchung am Fuße, die mich jedoch nicht hinderte, Nacht mit dem Separatzuge die Reise von Benedschau nach Wien fortzusetzen.“

Frankreich.

Paris, 16. März. [Die Erklärung der neuen Partei.] die sich unter dem Namen „Union Libérale“ gebildet hat, lautet im wesentlichen also:

Alle Ordnungsmänner, alle aufrichtigen Conservativen, alle klarschauenden Republikaner sind durch die Lage erschreckt, in welcher sich das Land befindet. Zwischen dem uns bedrohenden Cäsarismus und dem Radicalismus, der ihm die Bahn bricht, erblicken sie nur ein Mittel, Frankreich eine neue Revolution und vielleicht die schrecklichsten Katastrophen zu ersparen; es besteht in der Rückkehr zu den schon so lange ausgegebenen Ideen der Mäßigung, der Duldung und des wahren Liberalismus; in der Befestigung — nicht durch Worte, sondern durch Thaten — ihres vollständigen, unerschütterlichen Entschlusses, eine letzte Kraftanstrengung zu versuchen, um ihr Land den Parteilungen zu entreißen, die es zu Grunde richten; in der Betrümmung der alten Gabres, in dem Bruch mit jenen verbrauchten Ausdrücken Rechte, Linke, rechtes Centrum, linkes Centrum, die nur zur Spaltung der Conservativen gut sind; endlich in dem vollständigen Wechsel der Richtung der Politik. Man muß um jeden Preis in der nächsten Kammer eine Mehrheit finden, die fähig ist, in der Regierung, in der Verwaltung und in den Finanzen die Ordnung wiederherzustellen. Eine conservative Regierung wird uns gestatten, in Europa, in den Räthen der Nationen den uns angehörenden Platz zurückzugewinnen. Eine wirksame Verwaltung wird die Gerechtigkeit für alle wiederherstellen, uns die Kampfbeamten vom Gasse schaffen und uns von den sie unterjochenden Politicocriterien befreien. Sie wird den antireligiösen Blacereien in den Schulen, in den Wohlthätigkeitsbureaus und in den Hospitälern ein Ziel setzen. Man muß mit jener finanziellen Politik, der Politik der Wahlverschleierung, brechen, die, wenn sie von einem Privatmann angewandt würde, ihn schnell zum Ruin führen würde. Endlich muß man klar sagen, daß man keine der angeblichen radicalen Reformen will, weder die Einkommensteuer, noch die Trennung der Kirche vom Staate, noch alle jene Maßregeln, welche, nur gegen die Mehrheit der Bürger gerichtet, Drohungen oder Unterdrückungshandlungen sind. Frankreich ist der unfruchtbaren Agitationen satt. Es will in Ruhe leben und arbeiten. Am Vorabend von Wahlen, die für die Zukunft des Landes entscheidend sein können, hat eine Anzahl von meist der activen Politik fernstehenden Männern es für nöthig erachtet, einen Antriebsmittelpunkt herzustellen, und um der Leitung mehr Einheit zu geben, hat sie einen Ausschuß errichtet, dessen Sitz in der Straße Bailly 9 zu Paris ist. — Folgen dann die Unterschriften von einigen Senatoren, wie Dardour, Vicepräsident des Senats, Léon Say, Marquis de Malesville, de Marcère u. a., von Advocaten, Kaufleuten, Fabrikanten u. s. w.

Kleine Chronik.

Der Porzellanthurm zu Nanjing. Die im Januar d. J. veröffentlichte Nummer des „Journal of the China Branch of the Royal Asiatic Society“ bringt die Uebersetzung des historischen Theils eines illustrierten Tractats, welches zur Zeit der Existenz des Porzellanthurms zu Nanjing von dem hohen Priester, unter dessen Oberaufsicht die Pagode stand, an die das Heiligtum besuchenden Wallfahrer vertheilt wurde. Wie allgemein bekannt, wurde besagter Porzellanthurm, der zu den sieben Wundern der neueren Welt gerechnet wurde, von den Rebellen während des Taiping-Aufstandes zerstört. Dem Tractat zufolge befand sich auf der Stelle, wo noch in jüngerer Zeit die berühmte Pagode stand, schon i. J. 240 n. Ch. ein buddhistisches Kloster, welches jedoch unter der Regierung des Kaisers Schun durch eine Feuersbrunst zerstört wurde. Im Jahre 1412, als Kaiser Jung-lo seinen Hof von der südlichen Hauptstadt (Nanking) nach dem Norden (Peking) verlegte, gab er dem Vice-Präsidenten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten den Auftrag, den Tempel wieder aufzubauen, und zwar aus emaillirten Ziegeln, ähnlich denen, welche man zu den Bauten der kaiserlichen Paläste gebrauchte. Die Pagode sollte neun Stockwerke haben und 329 Fuß und 4 1/2 Zoll hoch sein. Mit der Arbeit wurde sofort begonnen. Am 15. Juli 1412 wurde der Grundstein gelegt und am 7. September 1431, also in 19 Jahren, wurde sie fertig. Die Zinne des Thurmes war mit Zing-po-Kupfer gedeckt, ein Metall, welches wie Gold glänzt und blank bleibt, da der Wechsel des Klimas es nicht beeinflussen kann. Von der Zinne hingen acht eiserne Ketten herab und an diesen wiederum hingen zweihundertzig Glocken. Von den Glocken des ersten Stockwerkes hingen achtzig Glocken, so daß die Pagode im Ganzen 152 Glocken hatte. Außerhalb der acht Stockwerke waren 128 Lampen angebracht und innerhalb der Stockwerke — die achteckig geformte Halle, welche das Parterre bildete, mit eingerechnet — befanden sich weitere 12 Lampen, im Ganzen 140 Lampen. Der nächtliche Verbrauch von Del betrug 64 Cattles (etwa 35 Pfund) und der Strahl der Lampen war so groß, daß er — wie das Tractat sagt — bis in den dreihundertthausendsten Grad des Himmels eindrang. Ein eherner Kürbis, welcher 900 Cattles (etwa 1200 Pfund) wog, und der als Unterlage einen Untersatz hatte, welcher 450 Cattles wog, bildete die Kuppel. Die Pagode mit den dazu gehörenden Tempeln, Ausbauten und Ländereien stand auf einem Areal, welches ca. 9 Li (circa 3 engl. Meilen) im Umfang maß. Die Kosten des Aufbaues des Gebäudes beliefen sich auf 2485484 Taels (etwa 1000000 Mk.). Um die Kuppel herum befanden sich 9 eiserne Reifen, von denen der größte 63 Fuß und der kleinste 24 Fuß im Durchmesser hatte; das Gesamtgewicht dieser Ringe betrug 3000 Cattles. Wie Annalisten wurden nachstehende Gegenstände in der Pagode aufbewahrt: ein flutverhütender

Karunkel, eine dem Feuer vorbeugende Perle, eine Sturm verhütende Perle, eine Barre Gold im Werthe von 40 Taels, ein Picul Thee, 1000 Taels in Silber, ein Picul von Jung-hwang-Medicin, ein Edelstein, 1000 Schüre Cash (Capefen) aus der Regierungszeit Kaiser Jung-lo, zwei Stück gelbe Seide und vier buddhistische Bücher, welche die Gebete zu Amida und Sacramone-Buddha enthielten. Am 15. Juni 1526 zerstörte ein Mißstrahl einen Theil des obersten Stockwerks. Auf Antrag des Gouverneurs gab der kaiserliche Hof zu Peking den Auftrag, den Schaden wieder gut zu machen. Innerhalb vier Monate war das Zerstörte reparirt.

Das Benedictiner-Stift Melf in Niederösterreich begeht am 21sten März sein achthundertjähriges Jubiläum. Die öffentliche Feier desselben ist mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse auf den Sommer verschoben worden. Ursprünglich eine römische Niederlassung (Castell Namare) wurde Melf später eine Raubburg der Hunnen, die von da aus ihre Einfälle nach Deutschland machten. Leopold I., aus dem Geschlechte der Babenberger, erwarb 984 die Burg, und Melf wurde von da ab die Residenz der ersten Babenberger bis zum Jahre 1106. Seit 985 bereits bestand in Melf ein Collegiatstift mit 12 Chorherren aus dem Welt-Priesterstande, bis am 21. März 1089 zwölf Benedictiner aus dem Stifte Lambach bei Wels mit dem Abte Sigibold in Melf einzogen. Die Babenberger haben das Stift ungemein reich mit irischen Gütern bedacht. Das Stift hat eine Bibliothek von 60000 Bänden, darunter über 1000 Drucke des XV. Jahrhunderts. Neuestens hat sich das Stift Melf um die Landwirtschaft, und namentlich um die Hebung der Obstzucht, besonders verdient gemacht. Zur Zeit leben im Stifte und auf den zahlreichen Pfarreien desselben 77 Priester, 9 Cleriker und 3 Novizen.

Ein interessanter Pferdebahn-Prozess ist kürzlich in Hamburg entschieden worden. Ein in Hamburg wohnender Kaufmann hatte sich wiederholt geweigert, dem von der Wandsbeker Straßenbahn-Gesellschaft angestellten Controleur das vom Schaffner erhaltene Fahrblatt vorzugeben. Die Gesellschaft zeigte ihm darauf an, daß sie ihre Angestellten angewiesen habe, ihn den Aufenthalt in ihren Wagen zu untersagen, wenn er noch ferner fortfahre, den zur Controle notwendigen Vorschriften zuwiderzuhandeln. In einem zweiten Schreiben theilte die Gesellschaft dem Kaufmann mit, daß ihm, da er sich wieder gegen einen Controleur aufgelegt habe, nunmehr die Benutzung ihrer Wagen für so lange verboten sei, bis er in dem Bureau der Gesellschaft die Erklärung abgegeben habe, daß er sich für die Folge den erlassenen Control-Vorschriften unterwerfen werde. Nach der Behauptung der Gesellschaft hat nun der Kaufmann an dieses Verbot sich nicht gekümmert, sondern ist trotzdem öfter in ihren Wagen angetroffen worden und hat den Aufforderungen der Beamten, den Wagen zu verlassen, nicht Folge geleistet. Die Gesellschaft hat deshalb gegen den

Kaufmann Klage erhoben und beantragt, denselben zu verurtheilen, die Benutzung der kaiserlichen Bahnlinie bei 900 M. Strafe für jeden Contraventionsfall zu unterlassen. Das Landgericht hat nach der Beweisabnahme den Beklagten gemäß dem Antrage bei 50 M. Strafe für jeden Uebertretungsfall verurtheilt. Das Oberlandesgericht hat dieses Urtheil mit dem Zusatz bestätigt, daß der Beklagte die Benutzung der Straßenbahn so lange zu unterlassen habe, bis er der Straßenbahn-Gesellschaft auf deren Bureau die Erklärung abgegeben haben werde, sich hinfür den Controlvorschriften unterwerfen zu wollen.

Ein Londoner Reclame-Agent hat der Regierung 80000 Pfd. Sterl. für die Erlaubnis, Anzeigen auf der Rückseite der Briefmarken erscheinen zu lassen, geboten. Er ist indeß zu seinem Leiden abschlägig beschieden worden.

Ein verbotenes Couplet. In der Pöffe „Hugo's Verhältnisse“, welche gegenwärtig im Wallner-Theater in Berlin gegeben wird, wurde folgende Coupletrophe von der Theatercensur gestrichen: „Minister werden ist ein schönes Ziel, Doch hat der Stand aus Schattenzeiten viel, Besonders wenig zu beneiden ist der Herr Scholz, der preussische Finanzminister, Zum Trost jedoch für Eugens höh'nlichen Witz, Zum Trost für das Gelpent des Deficits, Darf er sich jetzt Seconde-Leutnant nennen, Denn ein Vergnügen muß der Mensch sich gönnen.“

Am Bett der kleinen Milly, der jüngsten von sechs Geschwistern, sitzt die Tante und lauscht dem andächtig gesprochenen Abendgebet der Kleinen. Plötzlich macht sie ein verwundertes Gesicht und sagt: „Bete die Stelle noch einmal, Milly!“ Herblättern thut es, und mit kaum verhaltenem Lachen geht die Tante hinaus und fragt die Mama: „Sage mal, wie lautet eigentlich Milly's Abendgebet?“ — „Es ist der schöne Vers aus: Ruh ruhen alle Wälder.“ — „Und der heißt?“ — „Breit“ aus die Fügel beide, O Jesu, meine Freude, Und nimm Dein Rädchen ein; Will Satan mich verführen: So laß die Engeln singen: Dies Kind soll unverleht sein.“ — „Weil“, antwortet lachend die Tante, „Deine Milly anstatt: „Dies Kind soll unverleht sein“ ganz ernsthaft betet: „Dies Kind soll unfer letztes sein.“

67466 469 471 472 475 476 483 485 486 489 490 492 493 495 498
500-502 505-508 511 513 520 521 525-530 532 535-542 544 550 551
555 557 558 564 566 568 574 576 579 580 582 584 604 605 607 610 bis
612 614 616 618 621 625 627-629 631 636 638 640-643 647 650 652
bis 654 656-658 661 664 665 673 675 677 680 686-701 704 705 707
710 714 716 719-722 728 729 76439-441 443 444 446 449 452 456
460 463 464 468 478-480 489 491 492 494-496 498 499 501 505 509
bis 512 514 516 517 519 522 526 527 529 531-533 535 537 539 540
542 545 547-549 552 554 556 557 559 562 565 568 570 571 573 576
577 579-582 584 589 591 593 597 600 606-608 610-616 618 622 624
bis 631 639 641 642 644-665 667 668 670-678 680 683 685 688 689
692 693 699 700 702 704 706 710 711 714 715 717 719 721-725 732
734 738 743 747-750 755 757 759 761 764-766 768 774 782-786
788-790 792-794 797 802 803 806 808 809 814 815 817-823 826 bis
829 832 834-839 842-845 847 854 855 857 858 860-862 864 867 875
878-881 888 890-892 895-897 900 93355-358 360-364 367 368
370-372 375 376 380 383-385 387 392-394 400 402 403 406 409 412
bis 414 417 422 427 430 431 433-438 441 445 446 448 450 451 453
456 458-462 464 465 468-470 473 474 476-479 483 486 488 491 497
500 505-507 510 515-518 521 522 527 528 530 537 540 541 543 550
bis 554 557 558 560-570 574 575 577 578 581 582 585 589 592 593
595 596 94472-475 481 484-489 493 495 496 498 500 505-512 514
517 519 521-523 525 527-529 531 534 536 538 540 541 544 548 549

Familiennachrichten.

Verlobt: Hr. **Clint v. Zimmermann**, Herr **Conrad v. Wilhelm v. d. Bee**, Langneil—Züllichau. Hr. **Marie v. Jacobs**, Herr **Sec.-Lt. Georg Treichel**, Potsdam—Stennewitz. Frä. **Elisabeth v. Boisch**, Herr **Outjes. Frh. Schille**, Bafien—Diebown. Frä. **Magdalene Wahnschaffe**, Herr **Prem.-Lt. Hermann v. Eydow**, Braunfchweig. Fräul. **Gertrud Lenke**, Herr **Hauptm. Rofny**, Koblenz. Frä. **Margarethe Gens**, Herr **Frh. Kauffmann**, Havelberg—Berlin. Fräul. **Hedwig Niedlich**, Herr **Erh. v. Pennig**, Kaudewitz b. Wafthatt—Stohl. Frä. **Augufte Dietrich**, Herr **Mühlentel**, Herr **Herold**, Goldberg i. Schl.—Pilgramsdorf.

Verbunden: Herr **Geometer Joſeph von Laſſaulz**, Fräul. **Bertha Thieme**, Hannover—Breslau. Geboren: Ein Mädchen: Herrn

Rittmeiſter **Torgany**, Glogau; Hr. **Baudir. Otto Kapp**, Konſtantinopol; Herrn **Amſtrichter Niſchotowsky**, Landek i. Schl.

Geſtorben: Fr. **Emilie Wiſelmine Auguſte Heß**, geb. **Lange**, Berlin. Herrn. Fr. **Major Franziska v. Buttler**, geb. **Volz**, Berlin. Fr. **Marie v. Jobeltin**, geb. **v. Lüttichau**, Balzig. Herr **Major a. D. Otto Wolfart**, Frankfurt a. D. Fr. **Joſefa Garcia-Herreros de Montovio**, Hamburg. Herrn. Fr. **Hauptm. Bertha Gablenz**, geb. **Jung**, Berlin. Herr **Amſtrichter Paul Kauffmann**, Obornit. Fr. **Guſt. Emilie Briele**, geb. **Knappe**, Marbadwiz. Herr **Kaufm. Paul Alachad**, Croſſen a. D. Frau **Henriette Gloſſa**, geb. **Marber**, Gneſen. Herr **Kfm. Karl Mücke**, Miſchiſch. Herr **Gymnaſiallehrer Sigo Stephan**, Carlsſhof bei Larnowiz. Herr **Pfarrer Auguſt Winkler**, Jauernig.

G. Blumenthal & Co.,
Ring Nr. 19
(Zimmerwahr'sches Haus)
**Wein-Gross-
Handlung.**
Specialität: Ungarweine.
Verkauf auch in einzelnen Flaschen.

J.G.HoubenSohn Carl, Aachen.

Messina-Apfelsinen,
allerbeste, süße, aromatische Berg-
früchte, das Dsh. 50, 60, 80, 100 u.
120 Pf., das Postpaket Brutto
10 Pfund nach Wunsch 30, 40
oder 50 Stück M. 2,50 franco.

Paul Neugebauer
Ohlauerstraße 46. [4166]

Verlobt: Frä. Clinta v. Zimmermann, Herr Landrath Wilhelm v. d. Beck, Langmeil—Züllrich.
Frä. Marie v. Jacobs, Herr Sec.-Lt. Georg Treichel, Potsdam—Stennewitz. Frä. Elisabeth v. Woisky, Herr Gutsbes. Frä. Schilde, Basiën—Diebowen. Herr Magdalena Wahnschaffe, Herr Brem.-Lt. Hermann v. Sydow. Braunnshweig. Fräul. Gertrud Lenke, Herr Hauptm. Rohnitz Koblenz. Frä. Margarethe Gens Herr Kris Kauffmann, Havelberg—Berlin. Fräul. Hedwig Niedlich, Herr Arthur Demmig Kaubewitz b. Wahlstatt—Stob Frä. Auguste Dietrich, Herr Mühlbes. Paul Herold, Goldberg i. Schl.—Pilsgramsdorf.
Verbunden: Herr Geometer Joscy von Lassaulz, Fräul. Berth Thieme, Hannover—Breslau.
Geboren: Ein Mädchen: Herr

Rittmeister **Torgau**, **Glogau**;
Hrn. **Vaudir**. **Otto Kapp**, Kon-
stantinopel; Herrn **Amtsrichter**
Nischkowsky, **Landed i. Schl.**
† Gestorben: Fr. **Emilie Wilber-**
mine Auguste Beck, geb. **Lange**,
Berlin. **Bern. Fr. Major Fran-**
ziska v. Buttler, geb. **Bolz**,
Berlin. **Fr. Marie v. Bobeltin**,
geb. **v. Lüttichan**, **Balgig**. Herr
Major a. D. **Otto Wolfart**,
Frankfurt a. D. Fr. **Josefa**
Garcia-Herreros de Montorio,
Hamburg. **Bern. Fr. Hauptm.**
Bertha Gablenz, geb. **Jung**,
Berlin. Herr **Amtsrichter Paul**
Kauffmann, **Obornitz**. Fr. **Guiseb.**
Emilie Briesz, geb. **Krappe**,
Karlshwiz. Herr **Kaufm. Paul**
Klathach, **Grossen a. D.** Frau
Henriette Gloffka, geb. **Marber**,
Gnesen. Herr **Kfm. Karl Mücke**,
Miltitz. Herr **Gymnasiallehrer**
Eugo Stephan, **Carlsbof bei**
Larnowitz. Herr **Pfarrer August**
Winkler, **Zauernigk**.

U n g e k o m m e n e F r e m d e :	
„Heinemanns Hotel zur goldenen Gans.“ Hernsprichstraße Nr. 688. von Deimb, Landesältester u. Rtgsh., n. Jc., Bronn. v. Hoven, Lt. u. Rtgshof. M. Ricksdorf. Aus dem Winkel, Rtgshof., Kl. Reichn. Reymann, Güter - Director, Kujau. Dr. Schweiger, Sanitätsrath, Franzstadt. Bruns-Wätsfeld, Rfm., Berlin. Schumacher, Rfm., Wietefeld. Echot, Rfm., Berlin. Berger, Rfm., Hamburg. Scheddin, Rfm., Chemnitz. Tulp, Rfm., Rotterdam. Wälder, Rfm., Bauen. Zeitsch, Rfm., Wlogau. Spiegelhalter, Rfm., Vordick	Jütke, Dir., Magdeburg. Kasta, Dr. med., Rarisbad. Hôtel weisser Adler, Chlauerstr. 10/11. Hernsprichstraße Nr. 201. Graf Pilati, Rtgsh., Schlegel. Baron v. Kessel, Raacke. Frau von Reinersdorf, Stradam. Frau v. Kessel, Ob.-Glauch. Frau v. Moltke u. Begleit., Saaran. Dr. von Kepinski, Hofrath, Warschau. Reusen, Fabrikstf., Werben. Revinger, Rfm., Worsheim. Strom, Rfm., Burscheidt. Sophie Piesch, nebst Tochter, Huff. Völen. Meßler, Rfm., Rausau. Hantke, Rfm., Berlin. Delhäds, Rfm., Wachen.
	Hôtel du Nord, Neue Taafchenstraße Nr. 18. Hernsprichstraße 499. Höniger, Rfm., Hamburg. Gaul, Maschinen-Fabrikant, Frankfurt a. O. Pohlent, Rtgsh., Rofasazgze. Frl. Pohlent, Rofasazgze. Kraack, Ing., Braunschweig. Noltenens, Rfm., Bremen. Walter, Rfm., Leobschütz. Fronthal, Part., Posen. Groschmann, Fabrik., Wien. Gassel, Rfm., Hirschberg. Hötel z. deutschen Hause. Ulrichstr. Nr. 22. Heege, Apotheker, Maltzsch. Dr. Triebbs, Caplan, Waiden- burg. Walz, Rfm., Göttingen. Reiser, Rfm., Hamburg. Schmidt, Mechaniker, Berlin. Frl. Groß, Lehrerin, Frier-

100-443887-100

Brsl. Strass. Obl.	4	—	—
Dnnrsmkh. Obl.	5	—	—
Henckel'sche		—	—
Partial-Obblig.	4 $\frac{1}{2}$	—	—
Kramsta Oblig.	5	—	—
Laurahütte Obl.	4 $\frac{1}{2}$	105,00 G	105,00 G
O.S.Eis. Bd. Obl.	5	105,25 G	105,25 G
T.-Winkl. Obl.	4	103,00 B	103,10 B

Deutsche Eisenbahn-Prioritäts-Obbligationen.

Br.-Schw.-Fr.H.	4	104,50 bzG	104,50 G
do	K. 4	104,50 bzG	104,50 G
do.	1876 4	104,50 bzG	104,50 G
B.-Wsch.P.-Obl.	5	—	—
Überschl. Lit. D.	4	104,50 bzG	104,50 G

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.			
Börsen-Zinsen 4 Procent. Ausnahmen angegeben.			
Dividenden 1887.1888. vorig. Cours. heut. Cours.			
Br. Wech. St. P. *)	1 2/3	2 1/4	—
Galiz. C. - Ludw.	4	—	—
Lombard. p. St.	2 1/2	—	—
Lüb.-Büch. E.-A	7 1/4	—	—
Mainz Ludw. gsh.	4 1/6	—	114,50 G
Marienb.-Mwtk.	1	—	—
Oest.-franz. Stb.	3 1/2	—	114,50 B

*) Börsenzinsen 5 Procent

Ausländische Fonds und Prioritäten.			
		vorig. Cours.	heutiger Cours.
Egypt.Stts.-Anl.	4	87,50 G	87,90 B
Italian. Rente.	5	96,10a15 bz	96,00 B
do.Eisenb.-Obl.	—	58,35 bz	58,90 G
Krak.-Oberschl.	4	101,75 G	101,75 G
do. Prior.-Act.	4	—	—
Mex. cons. Anl.	6	93,50 G	93,50 G
Oest.Gold-Rente	4	93,60a65 bzG	93,70 G
do.Pap.-R.F/A.	4 1/3	—	—
do. do. M/N.	4 1/3	—	—
do. Silb.-R. J/J.	4 1/3	70,50 G	70,50 bzG
do. do. A/O.	4 1/3	70,40 G	70,40 G
do. Loose 1860 5	—	122,25a65 bzG	124,75a50 bzG
Poln. Pfandbr.	5	64,35 bz	64,80 bz
do. do. Ser. V.	5	—	—
do. Liq.-Pfdb.	4	58,00 G	58,20a15 bz
Rum. ann. Rente	5	96,25 G	96,25a35 bzB
do. Staats-Obl.	6	107,00 B	107,00 B
Russ.1877erAnl.	5	—	—
do. 1880er do.	4	90,60 G	90,85 B
do. 1883 Goldr.	6	—	—
do. 1884er Anl.	5	102,40 G	102,75 B
do. Or.-Anl. II 5	—	67,20 G	67,50 G
Serb. Goldrente	5	—	—
Türk. Anl. conv.	1	15,40 B	15,40 B
do.400Fr.-Loose	fr	43,00 bzG	44,00 bz
Ung.Gold-Rente	4	85,40 bzB	85,70 bz
do. do.	4 1/2	98,40 G	98,50Bkl.98,90
do. Pap.-Rente	5	78,85 bzG	79,25 G

Industrie-Papiere.			
Archimedes. . .	10	—	147,50 G
Bresl. A.-Brauer.	0	—	—
do. Baubank.	0	—	—
do. Börs.-Act.	5 1/2	—	—
do. Spr.-A.-G.	10	—	136,00 ebz
do. Strassenb.	6	7	147,00 B
do. Wagenb.-G.	5	9	185,00 B
Donnersmcrhk.	0	3	74,75 à 5,00
Erdmnsd. A.-G.	0	6	—
Frankf. Güt.-Eis	6 1/4	4 1/2	—
O.-S. Eisenb.-Bd.	0	—	110,00 bzB
do. Portl.-Cem.	—	10	152,50 B
Oppeln. Cement	21 1/2	6	129,00 G
Schles. C. Giesel	10 1/2	12	166,25 B
do. Dpf.-Co.	—	8 1/2	132,50 G
do. Feuervers.	31 2/3	—	p.St. —
do. Gas-A.-G.	6	—	—
do. Holz.-Ind.	—	—	145,00 G
do. Immobilien	5 1/2	6	117,50 B
do. Lebensvers.	3 1/2	—	p.St. —
do. Leinenind.	6 1/3	—	142,25 G
do. Cem. Grosch.	11 1/2	18 1/2	228,00 G
do. Zinkh.-Act.	6 1/2	9	168,75 bz
do. do. St.-Pr.	6 1/2	9	—
Siles. (V. ch. Fab)	6	7	134,50 bzG
Laurahütte . . .	5 1/2	—	136,10 à 40 bz
Ver. Oelfabrik.	5 1/2	—	93,75 G
Zuckerf. Fraust.	14	—	149,00 G

Ausländisches Papiergeld.			
Oest. W. 100 Fl. . .	168,05 bz	168,10 bz	
Russ. Bankn. 100SR.	217,90 bz	217,90 bz	
Wechsel-Course vom 20. März.			
Amsterd. 100 Fl. $2\frac{1}{2}$	8 T. 169,90 G		
do. $2\frac{1}{2}$	2 M. 168,50 G		
London 1 L. Strl. $3\frac{1}{2}$	8 T. 20,45 bz		
do. do. 3	3 M. 20,315 B		
Paris 100 Frs. 3	8 T. 80,75 bzB		
do. do. 3	2 M. —		
Petersb. 100 SR. $5\frac{1}{2}$	3 W. —		
Warsch. 100 Fl. $5\frac{1}{2}$	8 T. 217,40 G		
Wien 100 Fl. . . 4	8 T. 167,65 G		
do. do. 4	2 M. 166,60 G		
Bank-Discont 3 pCt. Lombard-Zinsfuss 4 pCt.			

Breslau, 20. März.				Preise der Cerealien.								
Festsetzungen der städtischen				Markt-Notirungs-Commission.								
gute				mittlere				gering. Waare.				
per 100 Kilogr.		höchst. niedr.		höchst. niedr.				höchst. niedr.				
	M	8	M	8	M	8	M	8	M	8	M	8
Weizen, weisser	17	80	17	60	17	30	16	90	16	60	16	10
Weizen, gelber	17	70	17	50	17	20	16	80	16	50	16	10
Roggen.....	14	80	14	60	14	40	14	10	13	90	13	70
Gerste.....	15	60	14	40	13	60	13	20	12	—	11	70
Hafer.....	13	80	13	60	13	50	13	40	13	30	13	20
Erbsen.....	15	50	15	—	14	50	14	—	13	—	12	50
Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter				0,08		0,09		0,10		M.		
Festsetzungen der Handelskammer-Commission.												
	feine		mittlere		ord. Waare.							
	M	8	M	8	M	8						
Raps.....	26	70	25	50	24	30						
Winterrüben ..	25	60	24	60	23	60						
Sommerrüben ..	25	30	23	60	22	60						
Dotter.....	21	—	20	—	19	—						
Schlaglein	20	—	18	—	17	—						
Hanisaat.....	—	—	—	—	—	—						

Breslau, 20. März. [Breslauer Landmarkt.] Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 27,50—28,00 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 25,00 bis 25,50 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 8,80—9,20 M. b) ausländisches Fabrikat 8,60—8,80 M. — Roggenmehl, fein, per Brutto 100 kg incl. Sack 22,00—22,50 M. — Futtermehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a. inländisches Fabrikat 10,20 bis 10,60 M., b. ausländisches Fabrikat 9,60—10,00 M.

Breslau, 20. März. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, theue unverändert, ord. 38—43, mittel 44—47, fein 48—52, hochfein 53—58, Kleessaat weisse matt, ord. 20—30, mittel 32—40, fein 41—50, hochfeine 51—62.

Roggen (per 1000 Kilogramm) still, gekündigt — Centner, abgelaufene Kündigungsscheine —, per März 150,00 Gd., März-April 150,00 Gd., April-Mai 150,00 Gd., Mai-Juni 152,00 Gd., Juni-Juli 154,00 Gd.

Hafer (per 1000 Kilogramm) gekündigt — Ctr., per März 140,00 Br., April-Mai 140,00 Br., Mai-Juni 142,00 Br., Juni-Juli 144,00 Br.

Rüböl (per 100 Kilogr.) still, gekündigt — Centner. loco in Quantitäten à 5000 Kilogramm —, per März 59,00 Br., April-Mai 58,00 Br.

Spiritus (per 100 Liter à 100%) excl. 50 u. 70 Mark Verbrauchsabgabe, geschäftlos, gek. — Liter, abgelaufene Kündigungsscheine —, per März 50 er 51,10 Gd., 70er 31,40 Gd., März-April 50er 51,10 Gd., 70er 31,40 Gd., April-Mai 50er 51,30 Br., Mai-Juni 50er 51,80 Br., Juni-Juli 50er 52,30 Br., Juli-August 50er 52,80 Br., August-September 50er 53,00 Gd.

Zink (per 50 Kilogramm) ohne Umsatz.

Kündigungs-Preise für den 21. März:

Roggen 150,00, Hafer 140,00, Rüböl 59,00 Mark.

(Spiritus-Kündigungspreis excl. 50 u. 70 M. Verbrauchsabgabe) für den 20. März: 50er 51,10. 70er 31,40 Mk.